



Antrag

Fraktion AfD

Remigration ermöglichen - Kehrtwende in Deutschland einleiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf die Bundesregierung einzuwirken, eine Kehrtwende in der Asyl- und Migrationspolitik einzuleiten, um einen einvernehmlichen Lösungsansatz auf Ebene der Europäischen Union hinsichtlich einer geordneten Remigration zu ermöglichen. Um den europäischen Partnern entgegenzukommen und um der wirtschaftlichen Lage Deutschlands Rechnung zu tragen, soll umgehend ein Aufnahmestopp verhängt werden.

Begründung

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für ein europäisches Asyl- und Migrationspaket vorgelegt. Die AfD-Fraktion begrüßt jene Bestandteile des Vorschlagspakets, die sich auf die Sicherung der EU-Außengrenzen, die Bekämpfung illegaler Zuwanderung und die schnellere Abschiebung von nichtasylberechtigten Personen beziehen. Die vorgenannten Bestandteile sind unter den EU-Mitgliedstaaten konsensfähig und können als Beratungsgrundlage für ein System der organisierten Rückführung dienen. Jene Bestandteile des Vorschlagspakets, die auf einen Verteilmechanismus zur Aufnahme von Flüchtlingen abzielen, werden von der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten kategorisch abgelehnt.

Um vor diesem Hintergrund einen Konsens in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik herzustellen, muss die Bundesregierung ihre Rolle als Geisterfahrer der Migrationspolitik in Europa aufgeben und damit aufhören, andere EU-Staaten zur Aufnahme von Migranten zu nötigen.

Durch rechtswidrige Alleingänge wie im Jahr 2015 hat die Bundesregierung nicht nur Deutschland, sondern auch dem Zusammenhalt in Europa schweren Schaden zuge-

(Ausgegeben am 05.10.2020)

fügt. Darüber hinaus sendet das deutsche Sozialsystem perverse Sogwirkungen in die Armutsregionen der Welt aus und untergräbt deren Anstrengungen zur Eigenentwicklung. Der Umgang mit dem Flüchtlingslager „Moria“ zeigt, dass die Bundesregierung aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt hat.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und die schrittweise Einführung und Erhöhung der wirtschafts- und menschenfeindlichen CO₂-Besteuerung die Beschäftigungssituation in der Europäischen Union und insbesondere in der Bundesrepublik in den kommenden Monaten ungünstig beeinflussen werden. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, schrumpften die Reallöhne im II. Quartal 2020 bereits um knapp 5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Unter diesen Umständen ist es nicht vertretbar, weitere Transferempfänger unter dem Deckmantel der Asylgesetzgebung den deutschen Sozialversicherungssystemen aufzulasten.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender